

"Sieg der Realität" in Arbeiter-Zeitung (23. Juli 1972)

Legende: Am 23. Juli 1972 begrüßt die Wiener Arbeiter-Zeitung zwar die Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) am Tag zuvor in Brüssel, bedauert jedoch, dass die pazifistischen Ideale eines vereinten Europas nach und nach der wirtschaftlichen Realität weichen mussten.

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 23.07.1972, n° 169. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"sieg_der_realitat"_in_arbeiter_zeitung_23_juli_1972-de-db44055c-3ac7-4380-9cda-cd71905cfe97.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Sieg der Realität

Österreichs langer Marsch nach Brüssel hatte gestern sein Ende. Der 22. Juli 1972 ist ein historisches Datum für Europa geworden. Für ein Europa, das weniger in hochfliegenden Glaubensvorstellungen besteht, als in der nüchternen Kalkulation der Kaufleute. Zum Vertrag der Europäischen Gemeinschaft der Sechs mit den vier beitriffsfähigen und beitriffswilligen Ländern und den sechs nicht beitriffsfähigen und beitriffswilligen Staaten ist es nicht gekommen, weil es um die Rettung irgendwelcher transzendenter Werte des Abendlandes ging, sondern um das wirtschaftliche Überleben.

Man mag es bedauern oder begrüßen, das sogenannte „geistige Europa“ hat — so es jemals wirklich bestand — schon längst vor den nüchternen Fakten der wirtschaftlichen Realitäten und Perspektiven kapitulieren müssen. Nicht missionarische Visionen prägen den Geist der westeuropäischen Integration, sondern der Handel mit Blumenzwiebeln, Zollpositionen für Orangen, Ausnahmeregelungen für die Einfuhr von legierten Stählen und der Export von Rindvieh. Vielleicht wird sich in ferner Zukunft auf einer solchen ökonomischen Basis einmal ein europäisches Bewußtsein bilden, solider und dauerhafter als es eine philosophische Glaubenslehre von einer europäischen Mission darstellt.

Was nun Österreich und seinen Vertrag mit der Europäischen Gemeinschaft betrifft, gilt dasselbe. Es haben jene Recht behalten, die das politische Kraftfeld in Europa, das seinerseits, wenn auch nicht vordergründig, von wirtschaftlichen Interessen bestimmt wird, nüchtern eingeschätzt haben. Von seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung her gehört Österreich zu Westeuropa. Das Land, das nicht durch seine Schuld die traditionellen Märkte verloren hatte, mußte sich nach dem Zweiten Weltkrieg neu orientieren. Dem ökonomischen Zwang konnte aber nicht die politische Orientierung folgen. Der Status der immerwährenden Neutralität entspricht den politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Wer immer in der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Bemühungen um ein Nahverhältnis zu der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft geglaubt oder versucht hat, darüber leichtfertig oder schlau hinwegzuturnen, dem wurden die Grenzen sehr deutlich gemacht. Nicht missionarischer Eifer, sondern nüchterne Kalkulation auch im politischen Bereich hat Österreich zum Ziel gebracht.

Zu welchem Ziel? Österreich wird wirtschaftlich in einen Markt von 300 Millionen Menschen in 16 westeuropäischen Staaten hineinwachsen. Die Bedingungen der Verträge von Brüssel entsprechen der beiderseitigen Interessenslage. Der Irrglaube, Österreich würde seine Maximalforderungen durchsetzen, mußte zur Ernüchterung führen. Wenn nun aus tagespolitischen Motiven diese Ernüchterung in manchen Bereichen der Innenpolitik nicht zugestanden wird, wenn gegen die bessere Einsicht kleinkarierte Vor- und Einwände herangezogen werden, so kann man nur antworten: Wie würde die Alternative aussehen? Härter ausgedrückt: Österreichs Interesse, zu einer tragfähigen Regelung mit der Gemeinschaft zu kommen, ist in Anbetracht der beiderseitigen Größenordnungen von ganz anderer Dimension, als der umgekehrte Fall. Ein Blick auf die Größenordnungen der beiderseitigen Handelsströme sollte genügen.

Wenn die Lobbyisten mancher Gruppen heute in lautes Wehklagen ausbrechen, dann muß ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß Österreich nichts von den anderen verlangen kann, was es selbst nicht zu geben bereit ist. Wenn der agrarische Wirtschaftsbereich in Österreich vor jeder ausländischen Konkurrenz — im Gegensatz zu den Industrieprodukten — durch dirigistische und protektionistische Maßnahmen abgeschirmt ist, die EWG dasselbe System anwendet, dann kann es nur ein Geben und Nehmen geben. Wer irgendwo Illusionen erweckt, daß der eigene Schrebergarten geschützt bleibt, während der andere bereitwillig die Tore öffnen wird, hat die Katerstimmung bereits programmiert.

Für Österreich ist die wirtschaftliche Integration eine echte Herausforderung. Eine Herausforderung, der das Land aber mit Zuversicht entgegensehen kann.

Franz Summer